

Editorial

Friedenskonferenz oder Heuchelei, das ist die Frage

Erst einmal sei daran erinnert, wer im Krieg Russlands gegen die Ukraine Täter und wer Opfer ist. Bei einem russischen Luftangriff auf Charkiw ist am Samstag nach offiziellen Angaben ein Baumarkt von einer Gleitbombe getroffen worden. Zum Zeitpunkt des Angriffs hielten sich 200 Menschen in dem Markt auf. «Es gab Tote und Verletzte», schrieb der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski auf der Plattform X. Und weiter: Das sei ein «brutaler Angriff des russischen Militärs. Eine weitere Manifestation des russischen Wahnsinns». Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Ausser, dass man sich fragen muss: Lässt sich dieser Wahnsinn nicht einfach stoppen? Tun alle wirklich genug, um den Wahnsinn zu stoppen? Und kann die vielfach belächelte Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock vielleicht doch einen Beitrag leisten?

Auf die ersten beiden Fragen ist die Antwort jeweils: nein. Russland hätte es in der Hand, den Krieg sofort zu beenden. Doch Wladimir Putin kann und will keine Niederlage eingestehen, darum lässt er seine Soldaten weiter kämpfen mit dem Ziel, dass das sowieso schon grösste Land der Erde noch etwas grösser wird. Ob aber der Westen wirklich so unschuldig daran ist, dass der «Wahnsinn» weitergeht, wie offiziell gern behauptet, ist nicht so sicher.

Ist der Westen unschuldig daran, dass der «Wahnsinn» weitergeht?

Schon vor ein paar Wochen schrieben die «Welt am Sonntag» und das US-Magazin «Foreign Affairs», dass sich die Ukrainer und die Russen Ende März 2022 darüber einig gewesen seien, wie man das Blutvergiessen beenden könnte.

In die gleiche Kerbe schlägt nun der gefallene Schweizer Diplomat Jean-Daniel Ruch in seinen Memoiren. Auch er behauptet, es habe im März 2022 in Istanbul eine Einigung auf einen Waffenstillstand gegeben, zum Preis einer Neutralität der Ukraine nach Schweizer Vorbild. Dass es nicht dazu kam, sei die Schuld der USA und Grossbritanniens, die beide die Russen schwächen wollten und dabei Wolodimir Selenski wohl Hoffnungen auf einen Sieg auf dem Schlachtfeld und einen Beitritt zur Nato machten. Falls das stimmt, so ist das, was darauf folgte, ein Verrat an der Ukraine. Denn erstens verlor die Ukraine später viel Boden, unter anderem die Stadt Mariupol. Zweitens, und vor allem, war es ein Verrat an all den Frauen und Männern, die daraufhin im Krieg starben.

Was kann nun die Friedenskonferenz vom Bürgenstock erreichen, wenn die Russen und ihre Unterstützer nicht einmal dabei sind? Für die russische Propaganda ist die Antwort bereits klar, nämlich nichts. «Wir sagten immer, dass diese Veranstaltung in der Schweiz von Anfang an nicht auf das Erreichen des Friedens, sondern auf die Fortsetzung der vergeblichen Versuche, Russland eine «strategische Niederlage» auf dem Kampffeld zuzufügen, abzielt», heisst es auf der Website des russischen Aussenministeriums, wo gleich auch noch behauptet wird, seine Geheimdienste hätten bereits den Entwurf des Schlusscommuniqués gesehen, der genau dies bestätige.

Damit das nicht passiert und die Konferenz trotz allem ein Erfolg wird, braucht es wohl nicht nur nette Worte und Solidaritätsbekundungen für Selenski, sondern einen realistischen Verhandlungsvorschlag an die Adresse der Russen. Ob dafür versucht wird, den Entwurf von Istanbul wiederzubeleben, oder ob ein anderer Vorschlag bessere Chancen hat, ist sekundär. Aber klar ist: Wenn man will, dass der «russische Wahnsinn» gestoppt wird, dann braucht es einen Schritt auf den Feind zu, denn ein Sieg auf dem Schlachtfeld ist unrealistisch.

Wenn die Schweiz es schafft, dass wenigstens die Wiederaufnahme von direkten Friedensverhandlungen eine Folge der Konferenz ist, dann haben Aussenminister Ignazio Cassis und Bundespräsidentin Viola Amherd einen grossen Erfolg erzielt. Wenn nicht, dann ist die Konferenz nur die Fortsetzung der Heuchelei des Westens, zu dem auch wir gehören.

Arthur Rutishauser,
Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Sylvain Besson,
Thomas Knellwolf,
Bernhard Odehnal (Text)
und **Naila Maiorana** (Illustration)

Selten hat ein hoher Beamter einem Bundesrat so heftig widersprochen. Im September 2023 diskutierte die Aussenpolitische Kommission in Luzern eine heikle Frage: Sollen Spione unter diplomatischer Tarnung konsequent aus der Schweiz ausgewiesen werden? Der Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina forderte in einer Motion die «systematische Ausweisung russischer und anderer ausländischer Spione».

Aussenminister Ignazio Cassis nahm an der Sitzung teil. Sein Departement ist für die Akkreditierung von Diplomatinen und Diplomaten in der Schweiz zuständig – und auch für den Entzug dieser Zulassungen, theoretisch zumindest: Doch laut der russischen Botschaft in Bern wurde in den letzten Jahren kein einziger von Moskau gestellter Diplomat von der Schweiz weggeschickt oder zur Persona non grata erklärt. Der letzte bekannte Fall eines solchen vom Bund unerwünschten Russen stammt aus den 1990er-Jahren.

Cassis erklärte an der Sitzung, er befürworte eine seit langem bewährte Praxis: Die Schweiz habe bisher Fälle von verdächtigen Diplomaten mit grosser Zurückhaltung gehandhabt. Es entspreche nicht der hiesigen Tradition, solche Personen systematisch auszuweisen. Kaum hatte Cassis geendet, schaltete sich ein Vertreter des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) ein, ohne dazu aufgefordert worden zu sein. Die Schweiz beherberge die meisten russischen Agenten in Europa, und das sei eine Gefahr, sagte er sinngemäss. Dass ein Beamter einem Minister vor gewählten Volksvertretern so frontal widerspricht, ist aussergewöhnlich, ja «völlig verrückt», wie ein Zeuge der Szene sagt.

Über 70 Agenten unter diplomatischem Cover

Das Thema russischer Agenten gewinnt derzeit höchste Aktualität. Die Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock zum Ukraine-Krieg findet Mitte Juni statt. Die Debatten auf dem Berg am Vierwaldstättersee werden die Russen besonders interessieren.

Bereits am Montag wird der Ständerat über die Sache entscheiden, welche den ungewöhnlichen Clash in Luzern ausgelöst hat: Trotz des anfänglichen Widerstands von Ignazio Cassis stehen die Chancen gut, dass die Motion Molina angenommen wird – auch auf die Gefahr hin, den Zorn Moskau zu erregen.

Für Russland ist die Schweiz ein wichtiges diplomatisches Zen-

Schweiz ist Hotspot für russische Spione

Geheimdienste Kurz vor der Bürgenstock-Konferenz zeigt sich: Nirgends in Europa spionieren mehr russische Diplomaten als in der Schweiz. Der Nachrichtendienst wollte durchgreifen. Doch der Aussenminister bremste. Es kam zum Clash.

trum. Hier wirken 217 russische Diplomatinen und Diplomaten, verteilt auf Bern (Botschaft) und Genf (Mission bei internationalen Organisationen). Zum Vergleich: In Italien sind es 44.

Gemäss NDB arbeitet mindestens einer von drei russischen Akkreditierten nachrichtendienstlich, sei es für den Auslandsgeheimdienst SWR, den Militärgeheimdienst GRU oder den Inlandsgeheimdienst FSB. Das wären 70 bis 80 Agenten. Laut jenem leitenden Nachrichtendienstler, der an der Sitzung in Luzern das Wort ergriff, ist die Schweiz in Europa jenes Land mit der höchsten Anzahl an russischen Agenten unter diplomatischer Tarnung. Grund dafür ist auch die Zurückhaltung der Schweiz bei der Ausweisung. Seit dem Angriff der Russen auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich die Situation verschärft. Als Reaktion auf den Überfall wiesen die europäischen Länder über 600 russische Diplomaten aus. Selbst Österreich schickte zehn von ihnen zurück nach Moskau und gab dies öffentlich bekannt.

Für das neutrale und lange eher russlandfreundliche Land kam dies fast einer Revolution gleich. Wien gilt – neben Genf – als Hotspot der russischen Geheimdienste in Westeuropa. «Wien und Genf sind wie vorgeschobene Basen, von denen aus Operationen in den Nachbarländern organisiert werden können», sagt der österreichische Nachrichtendienstexperte Thomas Riegler.

In Dänemark weg, in Bern willkommen

Bereits sind russische Diplomaten hierzulande unter Verdacht geraten. Seit 2020 wirkt auf der Botschaft Russlands in Bern ein Berater für soziale Fragen. Derselbe Beamte musste 2010 seinen damaligen Posten in Dänemark wegen einer Spionageaffäre verlassen. Darin war ein finnischer Professor der Universität Kopenhagen verwickelt. Dieser Finne wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Namen von Professoren oder Studenten, die in der Sicherheitspolitik aktiv waren, an rus-

sische Diplomaten weitergegeben hatte. Einer seiner Kontakte war der heute in Bern stationierte Berater – laut dänischen Diensten ein Geheimdienstler.

Als diese Redaktion den Berater für soziale Fragen kontaktiert, ist er sehr freundlich und versichert, dass seine einzige Aufgabe darin bestehe, «unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen einen nachhaltigen bilateralen Dialog aufrechtzuerhalten». Und er fügt hinzu: «Unsere Diplomaten tun hier nichts Illegales.»

Der finnische Professor wiederum bezweifelt auf Anfrage, dass der nun in Bern stationierte Diplomat einem Geheimdienst angehört habe.

Kannten die Schweizer Sicherheitsbehörden die dänische Vorgeschichte des Russen? Oder beurteilten sie die Vergangenheit anders als die Dänen? «Wir stellen sicher, dass russische Diplomaten, die aus einem europäischen Land zurückgeschickt werden, nicht hierherkommen können», sagte der Chef des NDB, Christian Dussey, im vergangenen Jahr. Aber die Schweiz

Kreml leakt angebliche Schlusserklärung der Bürgenstock-Konferenz

Moskau Wladimir Putin versucht mit allen Mitteln, die Schweizer Friedenskonferenz zu sabotieren. Er behauptet, das Ergebnis stehe bereits fest.

Auf dem Bürgenstock sollen Regierungsvertreter aus 70 Ländern tagen.
Foto: PD



Die geplante Friedenskonferenz auf dem Bürgenstock ist weltweit im Gespräch. Allerdings nicht unbedingt so, wie man sich das in Bundesbern wünscht. Russland versucht, das Treffen mit allen Mitteln zu sabotieren und schlecht zu reden. Jetzt haben russische Geheimdienste sogar den angeblich vorbereiteten Entwurf der Schlusserklärung der Konferenz geleakt. Maria Sacharowa, Sprecherin des Aussendepartements, behauptete diese Woche, die Regierung sei im Besitz eines solchen Dokuments. Sie zitierte sogar daraus, wie auf der Website des russischen Aussenministeriums zu sehen ist. Ihre Absicht ist klar: Das Regime will demonstrieren, dass die Friedenskonferenz eine Farce ist.

Laut Sacharowa stehen im Entwurf der Mitteilung zur Konferenz neun der zehn Punkte von

Selenskis Friedensplan. Darunter die Forderungen, Russland müsse alle Truppen vom Territorium der Ukraine abziehen, und alle eingefrorenen russischen Vermögen müssten zur Behebung der Kriegsschäden verwendet werden. Sie warnt davor, Selenski zu glauben, dass er seinen Friedensplan zurückgestuft habe, wie es kürzlich gemeldet wurde.

Das Schweizer Aussendepartement (EDA) will den angeblichen Entwurf der Mitteilung nicht kommentieren. Fakt sei, dass es an der Konferenz «um die drei Themenbereiche nukleare Sicherheit, Freiheit der Schifffahrt und Lebensmittelsicherheit sowie um humanitäre Aspekte geht und nicht um den ursprünglichen 10-Punkte-Plan von Präsident Selenski», teilt ein Sprecher mit. «Ob man sich am





könne «nicht jeden abweisen», fügte ein Diplomat hinzu, «denn sonst schlägt Russland zurück, und als kleines Land hast du dann bald keine Botschaft mehr in Moskau».

Der Killer und die rote Linie

Der Nachrichtendienst NDB sieht für die Schweiz Gefahren. Im vergangenen Jahr setzte der Dienst Russland wegen seiner Spionage auf seinem Gefahrenradar auf Hellrot – als einziges Land. Bereits früher hätte die Farbe gar dunkelrot sein können: Im Jahr 2017 trat ein gewisser Egor Gordienko seinen Posten als «dritter Sekretär» der russischen Mission bei der Welthandelsorganisation in Genf an.

Er war ausserdem Mitglied eines geheimen GRU-Kommandos, der Einheit 29155. Gordienko und seine Agentenkollegen, die ebenfalls oft in der Schweiz waren, haben mindestens zwei Mordversuche mit Nervengift durchgeführt: 2015 gegen einen Waffenhändler in Bulgarien und 2018 gegen den russischen Dop-

pelagenten Sergei Skripal in England.

«Der Anschlag auf Skripal wurde von Genf aus vorbereitet – ich kann keine Details nennen, aber wir haben die Beweise gesammelt», sagt ein Schweizer Diplomat, der mit dem Dossier vertraut ist. «Ein Mitglied einer Eliminierungseinheit als Diplomaten zu postieren, ist inakzeptabel. Hier haben wir ein echtes Problem mit den Russen, die die roten Linien überschritten haben.»

Von 2014 bis 2018 reiste rund ein halbes Dutzend Mitglieder

«Der Anschlag auf Skripal wurde von Genf aus vorbereitet – ich kann keine Details nennen, aber wir haben Beweise.»

Ein mit dem Dossier vertrauter Schweizer Diplomat

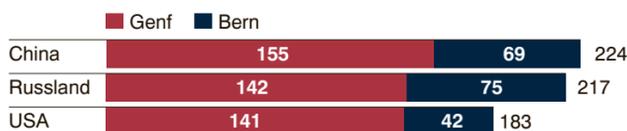
der GRU-Einheit 29155, die für Sabotage und Tötungen zuständig ist, häufig an den Genfersee, zum Teil buchten sie einen Englischkurs.

340 Einreiseverbote und Dutzende Observierungen

Als Reaktion auf den Fall Skripal wiesen westliche Länder rund 150 Russen aus. Die Schweiz schickte jedoch niemanden weg, zumindest nicht offiziell. Bern zieht es vor, Spionagefälle ohne grosses Aufsehen abzuwickeln, indem es dem betroffenen Land nahelegt, sein Personal zu repatriieren. «Einige Fälle wurden sehr diskret im Dialog mit den betreffenden Ländern geregelt», erklärt Franz Grüter, SVP-Parlamentarier und ehemaliger Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. «Man hat dem betreffenden Land einfach gesagt: «Vielleicht ist es besser, wenn diese Person nicht kommt» oder «Vielleicht ist es besser, diese Person zurückzuschicken.» Egor Gordienko verliess Genf, kurz bevor das investigative Netzwerk Bellingcat und der Recherchedesk

Die grössten diplomatischen Vertretungen in der Schweiz

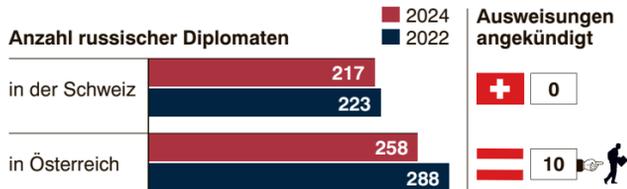
Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind 61 neue russische Diplomaten in die Schweiz gekommen



Grafik: can, G. Laplace / Quelle: EDA

Österreich nimmt mehr Russen auf und weist mehr aus

Beide Länder gelten als Hauptstützpunkte russischer Geheimdienstler in Europa



In diesen Zahlen sind auch russische Techniker inbegriffen, die in den Botschaften arbeiten

Grafik: can, G. Laplace / Quelle: EDA, BMEIA

Spionageabwehr: Ein wechselhafter Kampf

Zu den hier erfassten Massnahmen des Nachrichtendienstes des Bundes gehören: das Abhören von Telefonen, das Beschatten von Personen, das Infiltrieren und die Durchsuchung von Privaträumen

Jahr	Operationen	Massnahmen
2023	2	71
2022	1	56
2021	1	6
2020	1	15
2019	4	170
2018	2	27

Grafik: can, G. Laplace / Quelle: NDB

von Tamedia seine GRU-Aktivitäten enthüllten.

Um Spione zu entlarven, braucht man Mittel und Personal. Mit etwas mehr als 400 Angestellten ist der NDB klein. In der Schweiz sind fast 4000 Diplomaten und Diplomaten stationiert. In den letzten Jahren hat der Geheimdienst gemäss eigenen Angaben mehrere Dutzend davon überwacht – sie haben sie abgehört, beschattet oder Peilsender in ihren Autos angebracht. Aus welchen Ländern die Observierten stammen, ist geheim. Seit 2022 hat der NDB mehr als 340 Einreiseverbote gegen Diplomaten beantragt, die der Spionage verdächtigt werden.

Das es nur selten zu Ausweisungen kommt, liegt auch an der Rolle der Schweiz als Gastland der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen. «Die meisten russischen Diplomaten sind bei den UNO-Organisationen akkreditiert», erklärt ein ehemaliger Botschafter. «Wir können ihre Einreise blockieren, aber dafür brauchen wir ein verdammt gutes Dossier.»

Die Zahl der verweigerten Akkreditierungen schwankt gemäss NDB zwischen 0 und 6 Fällen pro Jahr. «Wir haben Leute, die illegale Aktivitäten betrieben haben, immer zurückgeschickt, aber wir haben nur sehr wenige erwischt!»

Ein politisches Zeichen an Moskau

Seit dem Clash in Luzern hat in Bern der Wind gedreht. Trotz des Widerstands von Ignazio Cassis beschloss der Bundesrat, die Motion Molina zu unterstützen. Dies nicht zu tun, berge das Risiko, Spionageaktivitäten noch stärker in die Schweiz zu ziehen, erklärte Bundesrätin Viola Amherd im Dezember vor dem Parlament.

Der Nationalrat nahm die Motion bereits an. Sagt der Ständerat ebenfalls Ja, wäre dies ein politisches Signal an Moskau – kurz vor dem Ukraine-Gipfel auf dem Bürgenstock. Eine Veranstaltung, die der NDB vor ausländischen Spionageversuchen schützen soll. Insbesondere vor russischen.

Mitarbeit: Marc Renfer und Paul Ronga

Drei Fälle, in denen russische Spionageverdächtige in der Schweiz aufflogen

In den vergangenen Jahren sind wiederholt Russen in der Schweiz oder auf dem Weg ins Land angehalten worden, bei denen der Spionageverdacht bestand.

1. Die Hacker von Lausanne und Spiez

Im September 2016 reist ein Hackerduo des russischen Militärgeheimdienstes GRU nach Lausanne, wo eine Konferenz der Welt-Anti-Doping-Agentur stattfindet. Mithilfe von Spyware, die über ein Wi-Fi-Netzwerk innerhalb eines Hotels übertragen wird, infiltriert es den Computer eines kanadischen Delegierten und anschliessend die Server der kanadischen Anti-Doping-Agentur. Eineinhalb Jahre nach dem Hack in Lausanne will das gleiche Duo das Labor Spiez ausspionieren, wird aber bereits in den Niederlanden gestoppt. Informationen des Schweizer Nachrichtendienstes NDB trugen zu dieser Verhaftung bei.

2. Der Agent mit der Drohne in Genf

Im Juli 2019 wird der Russe Alexander Z. (Name geändert) in Genf an der Grenze mit sechs Telefonen, einer Drohne, einem Laptop und gefälschten Autokennzeichen festgenommen. In einer SMS aus einem seiner Telefone wird behauptet, er sei im Auftrag des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR unterwegs. Eine private Spionagemission ist wahrscheinlicher: Eines seiner Ziele ist der Genfer Anwalt einer ehemaligen russischen Landwirtschaftsministerin, der in einen Oligarchenstreit verwickelt ist. Z. wird wegen Spionage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Januar 2020 wird er in Moskau angefahren und stirbt. Sein Umfeld vermutet einen Mord.

3. Die Spengler von Davos

Im August 2019 kontrolliert die Bündner Polizei zwei Männer in Davos. Die beiden Russen geben an, sie seien Spengler und wollten drei Wochen in der Schweiz verbringen. Als die Polizei die Gründe für ihren Aufenthalt überprüft, zücken die beiden Männer Diplomatenpässe. Die Polizei fragt sich darauf, ob es sich um Spione handeln könnte – das Weltwirtschaftsforum, das jedes Jahr in Davos stattfindet, wäre ein beliebtes Ziel. Der Nachrichtendienst des Bundes wird aktiv. Die russische Botschaft schaltet sich ein. Schliesslich können die Spengler ausreisen, ohne dass der Zweck ihrer Reise in die Alpen geklärt werden konnte. (syb/tok/ba)

Schluss der Konferenz auf eine Schlussklärung» einigen könne, sei offen, heisst es beim EDA.

«Ohne Russland sinnlos»

Die Schweiz wird immer mehr zur Zielscheibe des russischen Propagandakriegs. Seit Kriegsausbruch stellen die Russen die Schweizer Neutralität infrage – und seit Bundespräsidentin Viola Amherd im Januar bekannt gegeben hat, eine Friedenskonferenz auszurichten, haben die Angriffe nochmals zugenommen. Unlängst hat Aussenminister Sergei Lawrow die Schweiz sogar als «offen feindseliges Land» bezeichnet. Die Schweiz hat in der Folge darauf verzichtet, Russland an die Konferenz einzuladen. Sergei Garmonin, russischer Botschafter in Bern, betont, «ohne russische Beteiligung» sei «jedes Gespräch über

die Konfliktbehebung sinn- und aussichtslos». Dass die Schweiz Russland nicht auf den Bürgenstock eingeladen habe, sei «nicht überraschend». Er beteuert, man nehme das «ruhig auf».

Wie Russland provoziert, zeigt auch ein Podcast auf Putins deutschsprachiger Propagandaplattform «Russia Today». Dort heisst es, der Friedensgipfel in der Schweiz sei «im Grunde nichts anderes als ein Waffen-Discounter». Die Konferenz wird auf der Plattform mit weiteren, zum Teil erfundenen Vorwürfen diskreditiert. So heisst es, die Schweiz schliesse mit Selenski Waffengeschäfte ab. Das gleiche Ziel dürfe Putin mit dem am Freitag bekannt gewordenen Friedensangebot verfolgen. Anonyme Quellen des Kremles hatten der Nachrichtenagentur Reuters mitgeteilt, dass Putin bereit

sei für einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinie in der Ukraine. Militärexperten halten Putins Angebot bloss für einen Schachzug: Der Kreml täusche regelmässig Interesse an Verhandlungen vor. Es ist auch kaum ein Zufall, dass er sein Waffenstillstandsangebot wenige Wochen vor der Bürgenstock-Konferenz in Umlauf bringt.

Das russische Vorgehen scheint bereits Wirkung zu zeigen. China und Brasilien haben am Freitag demonstrativ eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet für eine alternative Friedenskonferenz «mit gleichberechtigter Beteiligung aller Parteien sowie einer fairen Diskussion aller Friedenspläne». Dialog und Verhandlungen seien «die einzige gangbare Lösung für die Ukraine-Krise», heisst es in der Erklärung.

Damit machen die beiden Länder deutlich, dass sie dem Anlass auf dem Bürgenstock wenig Chancen geben. Der brasilianische Präsident Lula hat bereits abgesagt. Noch hegt man in Bern die Hoffnung, dass Brasilien zumindest auf Ministerienebene vertreten sein wird. Zurzeit wird angenommen, dass das chinesische Regime nicht oder nur mit subalternen Funktionären erscheinen wird.

70 Anmeldungen bisher

Westliche Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Kanada haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Massgeblich wird allerdings sein, ob die grossen Nationen des Südens kommen: Dazu zählen neben China und Brasilien auch Indien, Südafrika und die Golfstaaten. Die meisten dieser Länder haben sich bis jetzt im Ukraine-Krieg noch nicht klar

positioniert. Wenn sie jetzt an der Konferenz teilnehmen, setzt das Putin «informell unter Druck», wie es ein Diplomat ausdrückt. Das heisst, er muss damit rechnen, dass sie tendenziell auf der Seite des Westens stehen. Bis jetzt hat bloss Indien zugesagt. Im Aussendepartement versucht man trotz allem Zuversicht zu verbreiten. Dass sich für die Veranstaltung Vertreter aus 70 Ländern angemeldet haben, wertet man als grossen Erfolg. Und es werden weitere Anmeldungen erwartet.

In der Tat haben sich noch nie so viele Staatschefs und Regierungsmitglieder für einen Anlass in der Schweiz angemeldet. Trotzdem dürfte die Konferenz als Misserfolg in die Geschichte eingehen, wenn die Schwergewichte des globalen Südens fernbleiben. Denn sie sind ein ent-

scheidender Faktor für Russlands Durchhaltewillen. Möglicherweise hätte sich die Schweiz den Kommunikationskrieg mit Putin sparen können, wenn sie Russland eingeladen hätte. Das EDA teilt mit, man habe darauf verzichtet, weil Russland bereits öffentlich gesagt habe, dass «es kein Interesse an einer Teilnahme» habe.

Ex-Diplomat Paul Widmer bezeichnet es als «Fehler, dass Russland nicht eingeladen wurde». Die Neutralität verlange, «dass beide Konfliktparteien unparteiisch behandelt werden». Dafür müsse man mit beiden Seiten reden. Es gibt andere Diplomaten, die das Vorgehen des Bundes richtig finden. Russland sei schlicht nicht zu gewinnen gewesen für die Konferenz.

Mischa Aebi und Adrian Schmid